

**Bezugspreise:**  
 Der Heft monatlich bei zweimaliger  
 Zustellung 7,50 Mark, vierteljährlich  
 22,50 Mk., durch die Post monatlich  
 8,25 Mk., vierteljährlich 24,75 Mk.,  
 einjährig 90,00 Mark. Zustellungsgebühren,  
 Postgebühren werden von allen Reichs-  
 poststellen angenommen. Im  
 amtlich. Zeitungsverzeichnis unter  
 „Saale-Zeitung“ eingetragen. Für  
 unverlangt eingegangene Manu-  
 skripte wird keine Gewähr über-  
 nommen. Nachdruck nur mit der  
 Quellenangabe „Saale-Zeitung“ ge-  
 statet. Ferner der Schriftleitung Nr.  
 1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1103  
 u. 1133, der Bezugs-Abt. Nr. 1133

Abend-Ausgabe.

# Saale-Zeitung

Sechshundertfünfzigster Jahrgang.

**Anzeigenpreise:**  
 Die 3 gepaltene 34 mm breite Milli-  
 meterzeile oder deren Raum 60 Pf.,  
 Familienanzeigen 40 Pf., Reklamen  
 die 42 mm breite Millimeterzeile  
 2,50 Mark. Anzeigen nehmen an  
 unsere Geschäftsstellen u. sämtliche  
 Anzeigenverläge. Erfüllungsort  
 Halle. Erscheint täglich 2 mal,  
 Sonntags und Montags 1 mal.  
 Schriftleitung und Haupt-  
 Geschäftsstelle: Halle, Neue Promen-  
 ade 10. Druckhausstr. 17.  
 Neben-Geschäftsstellen: Große  
 Ulrichstraße 52 und Markt 24.  
 Postfach-Konto Leipzig Nr. 4609.

Nr. 214.

Halle, Dienstag, den 10. Mai 1921.

Einzelpreis 30 Pfg.

## Noch immer keine Lösung der Krisis.

Der Sozialdemokrat Lötze als Kandidat für den Kanzlerposten — Entscheidung des Reichstags über das Ultimatum  
 Unklare Lage in Oberschlesien — Die Reichsregierung lehnt Verhandlungen mit Korfanty ab.

### Förderung des Wohnungsbaues.

Von R. Weise, M. d. R.

Das Gesetz über die Erhebung einer Abgabe zur Förde-  
 rung des Wohnungsbaues ist endlich nach vielwöchiger Be-  
 ratung im Auschuß fertiggestellt worden. Selten haben  
 Ausschüßberatungen so viele Hindernisse und Schwierig-  
 keiten gefunden, wie die Erörterung dieses Gesetzes. Zu-  
 erst tritt man sich darum, ob die Regierungs- oder die  
 Reichsratsvorlage zur Grundlage der Beratungen genommen  
 werden sollte; beide unterließen sich im wesentlichen darin,  
 daß die Regierungsvorlage die Mietssteuer, die Reichsrats-  
 vorlage nur allem die Zuschläge zur Grundsteuer enthielt.  
 Dann schien die Agitation der Bodenreformer, welche die  
 nötigen Mittel durch Ausgabe von Darlehnsanleihen zu be-  
 schaffen vorschlugen, die Beratungen auf ein ganz neues  
 Gleis bringen zu wollen; leider erwies sich die Vorschläge  
 als nicht durchführbar, und der verdiente Vater des Ge-  
 setzes, Damals, der in eingehenden Erörterungen im  
 Auschuß seine Anschauungen vortrug, scheint nun selbst sein  
 Kind aufgeben zu wollen. Die Beratungen gingen dann  
 vorwärts, bis wieder die Frage, ob Mietssteuer oder Zu-  
 schläge zur Grundsteuer eine unheilvolle Differenz zwischen  
 Auschuß und den Vertretern der Einzelregierungen zeigte.  
 Der Auschuß gab nach, um später erfahren zu müssen, daß  
 bei Zuschlägen zur Grundsteuer eine Berücksichtigung der  
 sozialen Belange unmöglich sei. Nun kündigten die Sozial-  
 demokraten dem Entwurf die Freundschaft und brachten  
 einen Antrag ein, einen Gesetzentwurf vorzulegen, „der den  
 Bau von mindestens 750 000 Wohnungen für die minder-  
 bemittelte Bevölkerung auf gemeinschaftlicher Grundlage in  
 den nächsten fünf Baujahren sicherstellt“. Nur der ein-  
 heitliche Wille der übrigen Abgeordneten, die einmal begonne-  
 nen Beratungen zum Abschluß zu bringen und nicht neues  
 Mißtrauen in die beteiligten Bauräte zu tragen, führte  
 schließlich zur Durchberatung und Fertigstellung des Ge-  
 setzes. Die Plenarberatungen beginnen sehr bald, und wenn  
 sie vollendet sein werden, fragt es sich, ob nicht der Reichs-  
 rat das Gesetz durch Widerpruch deshalb vom Scheitern  
 bringen wird, weil er die Erhebung von Zuschlägen zur  
 Grundsteuer für unbedingt notwendig hält.

Daraus geht schon hervor, wiewohl grundsätzliche Bedenken,  
 denen sich selbst die zukünftigen Fraktionen nicht entziehen  
 können, sich gegen das Mietssteuergesetz häufen.

Die Wohnungsnot wird selbstverständlich allerorts aner-  
 kannt. Ueberall macht sie sich in erschreckender Weise ge-  
 lten. Durch den Ausfall der Bautätigkeit während des  
 Krieges und durch den auf ein Mittelmaß beschränkten  
 Bau von Wohnungen nach dem Kriege stellt sich heute der  
 Fehlbetrag an Wohnungen auf über eine Million. Das  
 Mißverhältnis, durch Gewährung von Bauzuschüssen den Woh-  
 nungsbau zu fördern, hat sich als ungenügend erwiesen.  
 Immerhin ist die Zahl der seit Kriegsende begonnenen und  
 fertiggestellten Wohnungen größer, als bisher geschätzt  
 wurde. In Angriff genommen sind rund 210 000 Woh-  
 nungen, davon rund 60 000 Miet- und Behelfswohnungen;  
 fertiggestellt sind 150 000 Wohnungen.

Das neue Gesetz beruht nun auf dem Gedanken, den  
 Wertzuwachs der Gebäude zu erfassen und den Ertrag zur  
 Herstellung von Wohnungen nutzbar zu machen. Darum  
 sollen die Länder zur Förderung der Wohnungsbefähigung  
 und der Siedlung eine Abgabe von den Nutzungsberechtigten  
 solcher Gebäude, die vor dem 1. Juli 1918 fertiggestellt sind,  
 erheben; die Einkünfte sind in erster Linie zur Verzinsung  
 und Tilgung der Beiträge bestimmt, welche für nach dem  
 1. Oktober 1920 begonnene Wohnungsbauten verbandelt  
 werden. Nur solche Wohnungsbauten sind zu fördern, deren  
 Bauausführung der Kontrolle einer öffentlich-rechtlichen  
 Stelle unterliegen, die im Eigentum gemeinnütziger Stellen  
 verbleiben oder in ihrer Verwendungsweise gebunden sind,  
 doch weder aus Vermietung noch Verkauf übermäßigem Ge-  
 winn erzielt werden kann. Von der Abgabe bleiben befreit  
 Nutzungsberechtigten von Wohnräumen, wenn ihr steuer-  
 liches Jahreseinkommen nicht mehr als 4000 Mark in Orts-  
 klasse C, 4500 Mark in Ortsklasse B, 5000 Mark in Orts-  
 klasse C, 6000 Mark in Ortsklasse D, 7000 Mark in Orts-  
 klasse A beträgt. Die Freigrenzen erhöhen sich noch für jede  
 zur Haushaltung des Wohnungsinhabers zählende Person,  
 soweit sie nicht selbständig zur Einkommensteuer veranlagt  
 ist, um je 1200 Mark. Die Abgabe beträgt 5 v. H. des  
 Nutzungswertes. Die Gemeinden haben den gleichen Zu-  
 schlag zu erheben. Diese sind auch berechtigt, eine besondere  
 Abgabe von Wohnungen zu erheben, welche im Verhältnis  
 zur Zahl der Bewohner oder zur Zweckbestimmungen der  
 Räume als übermäßig anzusehen sind.

Welche Mittel stehen dann, falls das Gesetz zur An-  
 nahme gelangt, zur Verfügung? Da nach Schätzungen der  
 Gesamtmietswert 4,5 Milliarden beträgt, oder mit etwa  
 700 Millionen Mark Steuerbefreiungen gerechnet werden  
 muß, so sind 3,8 Milliarden zu verzeichnen; der Betrag hie-  
 raus beläuft sich auf 380 Millionen Mark. Rechnet man mit  
 weiteren Ermäßigungen, so kann mit dem verbleibenden  
 Betrag in zwanzig Jahren eine Summe von 3,2 Milliarden  
 Mark getilgt und verzinst werden. Dazu kommen noch die  
 im Voranschlag vorgesehenen 700 Millionen Mark aus der  
 Kohlenabgabe und ein Reichsratszuschuß von 1,5 Milliarden  
 Mark, so daß demnach 5,4 Milliarden Mark zur Verfügung  
 stehen, womit etwa 80 000 Wohnungen finanziert werden  
 können.

Gewiß bedeutend weniger, als es der sozialdemokratische  
 Antrag will; nachdem dieser aber eine Wiederholung um  
 etwa das Dreifache voraussetzt, darf wohl behauptet wer-  
 den, daß vorerst das Gesetz den einzig gangbaren Weg ein-  
 geschlagen hat, um wirklich Ernst zu machen, Wohnungsnot  
 zu bekämpfen und Arbeit für Erwerbslose zu beschaffen.  
 Der Wohnungsausfluß wird den sozialdemokratischen An-  
 trag immerhin noch weiter eingehend behandeln und alle  
 Mittel prüfen, die zur Durchführung einer gesunden Woh-  
 nungspolitik verbleiben. Dazu gehört nicht zum mindesten  
 auch die entschiedene Bekämpfung der Erhöhung der Eigen-  
 heitstaxe, soweit der Vorort- und Nahzugverkehr in Frage  
 kommt.

### Ultimatum und Kabinettsbildung.

Unter fast trampantigen Erscheinungen vollziehen sich in  
 Berlin die Verhandlungen um die Kabinettsbildung und um  
 Annahme oder Ablehnung des Ultimatus. Die gestrige  
 Abendbesprechung des Auswärtigen Ausschusses hat zu keinem  
 Beschluß geführt.

Die Stellung der Parteien hatte sich bis Mitter-  
 nacht nur langsam geklärt.

Die Deutschnationale Volkspartei hält einmütig an der  
 der entscheidenden Ablehnung des feindlichen  
 Ultimatus fest.

Die Deutsche Volkspartei trat gestern abend von  
 neuem zu einer Fraktionsfindung zusammen, deren Beratung  
 sich bis in die späten Nachstunden hinzieht. Die Stimmung  
 war vorwiegend gegen Annahme des Ultimatus.

Nach 12 Uhr hatten die Demokratische  
 Fraktion und die Deutsche Volkspartei ihre Ver-  
 handlungen noch nicht abgeschlossen. In der Deutschen  
 Volkspartei hatte sich nach Wiederaufnahme der Ver-  
 handlungen ein gewisser Stimmungswechsel voll-  
 zogen. Dr. Stresemann, der für die Annahme der  
 Ententeforderungen plädiert hatte, ist ziemlich isoliert.

Die überwiegende Mehrheit der Fraktion neigt  
 eine Ablehnung zu. Von Bedeutung ist dabei die von  
 der Entente geforderte Einweisung der D. H.  
 festungen angefaßt der militärischen Drohungen Polens.  
 Infolgedessen spricht man davon, daß nunmehr die  
 Sozialdemokratie in die Regierung eintreten und die  
 Deutsche Volkspartei aus dem Kabinett aus-  
 geschlossen wird. Die Sozialdemokraten erklären  
 prinzipiell, daß sie eher in die Wilhelmstraße ein-  
 ziehen würden, ehe sie es zuließen, daß die  
 Franzosen in das Ruhrgebiet einmarschier-  
 ten. Als Reichskanzler solle der Reichsprä-  
 sident Loebe für diesen Fall von der Sozialdemokratie  
 Reichspräsidenten in Vorschlag gebracht werden. Sollten die  
 Dinge sich so vollziehen, so dürfte dann noch heute vor-  
 mittag vor dem Zukunftsamt des Reichs-  
 tagplenums ein Kabinett gebildet werden.

Die Sozialdemokratische Fraktion hat  
 gleichfalls eine neue Besprechung des Ultimatus abgehalten.  
 Die Meinungen waren geteilt. Wie verlautet, will man  
 eine Annahme des Ultimatus nur dann empfehlen, wenn  
 die Deutsche Volkspartei sich zu der gleichen Haltung ent-  
 schließen sollte.

Dem Zentrum verlautet dasselbe, doch sollen in der  
 Zentrumskolonie die Befürworter der Annahme des Ulti-  
 matums in der großen Mehrheit sein, aber auf dem Stand-  
 punkt stehen, daß es nur dann in eine „Annehm“-Regie-  
 rung eintreten könne, wenn ihm seine bisherigen Beggefäh-  
 rten in der Regierung, Demokraten und Deutsche  
 Volkspartei weiter die Treue halten.

Die Mehrheitssozialisten haben folgenden Be-  
 schluß gefaßt:

Die Annahme des Ultimatus hat nur dann einen Zweck  
 und die Befestigung des Ruhrreviers ist nur dann zu verhin-  
 dern, wenn die bayerische Regierung die vorbehaltlose Er-  
 klärung abgibt, die Einwohnerwehr rechtzeitig, d. h. bis zum  
 30. Mai, zu entlassen und aufzulösen. Die Forderungen der

Entente in der Reparationsfrage widerzusprechen in  
 einigen Punkten dem Friedensvertrag, über-  
 schreiten weit aus die Leistungsfähigkeit  
 des deutschen Volkes und fordern unseren  
 schwersten Protest heraus.

Aber unter dem Druck der brutalen militärischen Gewalt-  
 androhungen, angefaßt der unabsehbaren politischen und  
 wirtschaftlichen Folgen ihrer Verwirklichung, besonders auch  
 wegen der für Oberschlesien daraus ent springenden Gefahren,  
 erklären sich Partei und Fraktion bereit, jeden Anstoß zu  
 sich zur Erfüllung des Londoner Finanzbitts zu unterziehen.

Der Versuch, die zur Erfüllung notwendigen Milliarden  
 aus unserer Wirtschaft herauszuholen, muß jedoch schon in  
 seinen Anfängen scheitern, denn sich nicht jene Kräfte des  
 Bürgertums, die heute noch Leiter unserer Wirtschaft  
 sind, für ihn mit allen Kräften einsetzen, und wenn nicht die  
 notwendigen organisatorischen Maßnahmen getroffen werden,  
 die geeignet sind, die höchste Steigerung der wirtschaftlichen  
 Leistungsfähigkeit Deutschlands herbeizuführen. Ebenso hängt  
 das Gelingen der bayerischen Entwarnung vor allem von  
 dem Willen und der politischen Einsicht des Bürgertums ab.  
 Die Verantwortung für das Kommende fällt daher in erster  
 Linie dem Bürgertum und den es vertretenden Parteien zu. (!)

Die Unabhängigen verlangen gleichfalls die An-  
 nahme der feindlichen Forderungen in einer Erklärung, die  
 die Schuld an dem deutschen Unglück in der üblichen unwoh-  
 rhaften Weise auf das Bürgertum abzuwälzen sucht und das  
 deutsche Volk auf den Sieg des internationalen Gewandtes  
 verweist.

Der bayerische Ministerpräsident Dr. von  
 Kahr ist am Montag vormittag von dem Berliner Be-  
 sprechungen wieder in München eingetroffen. Er wollte nach-  
 mittags kurze Zeit im Landtag. Um 5 Uhr fand ein Minister-  
 rat statt, in dem der Ministerpräsident über die Berliner Ver-  
 handlungen berichtete. Die Haltung der bayerischen  
 Regierung dem Ultimatum der Entente gegenüber ist ein-  
 deutlich, „Nein“. Dieses „Nein“ hat der bayerische Ministerpräsident auch bei seinen  
 Besprechungen in Berlin zum Ausdruck gebracht, wobei aller-  
 dings nicht gelangt sein soll, daß die neue Reichsregierung  
 den Standpunkt Bayerns teilen soll.

Aus der Stellungnahme der bayerischen Staatsregierung  
 zu dem Ultimatum der Alliierten, die in einem Artikel der  
 „Bayerischen Staatszeitung“ zum Ausdruck kam, ist ver-  
 sichtlichlich geschlossen worden, daß auch die übrigen  
 süddeutschen Regierung mit der ablehnenden Hal-  
 tung der bayerischen Regierung impatifizierten. Wie ver-  
 lautet, trifft dies wenigstens für Württemberg nicht zu.  
 Die württembergische Regierung hat es, und zwar mit Recht  
 vermeiden, öffentlich und offiziell zu dem Ultimatum  
 Stellung zu nehmen. Man darf aber wohl annehmen, daß  
 ihre Mitglieder grundsätzlich für die Annahme des  
 Ultimatus eintreten.

### Annahme oder Ablehnung des Ultimatus dem Reichstag überlassen.

Berlin, 10. Mai. (Eig. Drahtnachricht.) Die interpar-  
 tische Lage ist jetzt folgende: Abgeordneter Schiffer von den  
 Demokraten sowie die sozialdemokratischen Abgeordneten Müller  
 und Wels sowie der Zentrumskoordinator Trimborn sind  
 beim Reichspräsidenten zu einer Besprechung getreten, um mit ihm  
 zu einem Beschluß über die Lösung der Krise zu kommen. In pa-  
 rlamentarischen Kreisen ist man allgemein der Ansicht, daß das  
 Plenum des Reichstages eine Abstimmung vor-  
 nehmen und das gegenwärtige Kabinett freibehalten, das  
 als Geschäftsministerium noch im Amt ist, auch noch das  
 Geschäft durchzuführen hat, den heutigen Beschluß des  
 Reichstages den alliierten Mächten zu übermit-  
 teln. Das Kabinett würde der Entente schließlich die Mitteilung  
 zu machen haben, daß der Reichstag das Ultimatum annimmt oder  
 es ablehnt. Die weitere Gestaltung der politischen Dinge werden  
 dann mit größter Ruhe vollzogen werden. Es wird angenommen,  
 daß sich dann die alte Koalition wieder vereinen wird,  
 um für die Entwirrung der Verhältnisse Sorge zu tragen.

### Der polnische Rechtsbruch in Oberschlesien.

Lauf R. L. hat Reichsminister Dr. Simons  
 dem italienischen Botschafter Frattini den Dank der  
 deutschen Regierung zu der Haltung der italieni-  
 schen Truppen in Oberschlesien ausgesprochen. Der  
 Minister habe den Botschafter erlitten, den Dank der itali-  
 enischen Regierung zur Kenntnis zu bringen.  
 Da es sich immer deutlicher herausstellt, daß das fran-  
 zösische Militär und die polnischen Luftkräfte  
 unter einer Dede stehen, wird in den bedrohten  
 ober-schlesischen Gebieten zur Selbsthilfe Aktion ge-

fürchten. In Döppen wurden am Sonntag durch Aufruf alle wehrfähigen deutschen Männer zumarmenberufen. Eine Expedition sollte dem General Le Rond die Front vorziehen, welche Schritte die interalliierte Kommission weiter gehen habe, falls bis gestern nachmittag keine befriedigende Antwort vorlag, sollte unversöhnlich zur Selbsthilfe gekehrt werden. Zwischen dem die Änderungen der politischen Verhältnisse an im Kreise Koerlan wurden zahlreiche Gefühle geäußert und eine Anzahl deutschgeinnter Personen als Geiseln festgehalten.

„Figuero“ erhält von seinem Sonderberichterstatter aus Döppen folgendes Telegramm: Ich habe 200 Kilometer in dem aufständischen Gebiet zurückgelegt. Entgegen dem am 1. April in Döppen ausgesprochenen die Luftaufbewegung an. Das ganze große Land wird von bewaffneten Polen besetzt gehalten. An den unmittelbaren Zugängen der von den Aufständischen besetzten Städte befinden sich jährliche Wachpostenposten. Die Verletzung besonders mit Wilk ist für Beuthen, Rattowitz und die Industriegebiete schwierig. Bergangene Nacht wurden Granaten und Mörsergeschosse gegen die Weisheit von Beuthen geschleudert. Ich habe persönlich die Begleitung der Polen festgestellt. Die Lage bleibt ernst.

**Ein neuer Verdröhungsvorschlag Kosantys.**  
Der Führer der polnischen Aufständischen in Oberschlesien, Kosantys, hat mit Hilfe der amtlichen polnischen Funktionäre in Posen am 8. Mai folgenden Funkpruch an den Reichskanzler gerichtet:  
„Als Vorkläufer erlaube ich, daß besaßnete Ordonnirung und Generalstab getriebene Reichswehrsoldaten den Führer Döppel aus Konstant, ferner einen gewissen Kruber Ranz und zwei andere Personen aus Konstant, sowie einen alten geschiedenen Kreis Kojaczki aus Karlsruhe (Kr. Oppeln) als Geiseln verhaftet haben. Ich habe bis jetzt keine Geiseln genommen, weil ich das Geiselnnehmen für einen barbarischen Brauch halte. Wir haben lediglich Gefangene abgeführt, die mit der Waffe in der Hand überführt worden sind. Sie werden menschlich behandelt. Ich lasse eine Kommission ernennen, welche sich mit dem Geiselnnehmen im Gebiet binnen 48 Stunden, d. h. bis Dienstag, den 10. d. M., abends 10. Stunde an ihre Wohnorte zurückdrückt und als freie Leute behandelt werden, ich am Mittwoch die doppelte Anzahl der angehaltenen Deutschen in dem von unsrer Truppen besetzten Gebiet als Geiseln in die Gefängnisse werde abführen lassen.“

**Die Reichsregierung lehnt es ab,**  
mit den Führern der Aufständischen in Oberschlesien in irgendwelche Verhandlungen einzutreten. Der Funkpruch ist heute morgen sogleich dem deutschen Bevollmächtigten in Döppen übermietet worden, um von dort aus den Aufständischen mit Hilfe der interalliierten Kommission die von Kosantys angebotenen Auspassungen zu verschlagen. Kosantys aber behauptet, er habe keine Geiseln nehmen lassen, so muß im Gegenzug dazu festgestellt werden, daß in zahlreichen Orten angehaltene deutsche Bürger von den Injuranten als Geiseln festgesetzt und verschleppt worden sind und noch festgehalten werden. Von der interalliierten Kommission, sowie von der polnischen Regierung ist die Freilassung dieser Geiseln bereits vor drei Tagen gefordert worden. Im übrigen ist durch den Funkpruch erneut festgesetzt, daß Funkprüche und Verträge polnischen Ursprungs sich zur Verbreitung von Nachrichten aus dem Injurantenlager zur Verfügung stellen. Auch hiergegen ist bei der polnischen Regierung vor einigen Tagen bereits Einspruch erhoben worden.

**Berühmende Erklärungen der Interalliierten Kommission.**  
Auf Grund des Beschlusses der Sonntag-Verammlung der deutschen Bevölkerung in Döppen verhandelt heute die Vertreter der deutschen politischen Parteien mit der Interalliierten Kommission in

**Unterhaltungsbeilage der „Saale-Zeitung“.**  
Mittwoch, 11. Mai. Inhalt: Seine Konstantin Roman von Wittich. Der Döppel-Toten mödt' ich meinen Können. Der Gulasch Sopschtter. — Mai. Von Wilhelm Brees. — Blaudtore. Von Hans Bauer. — Der Böhmermann. Von Graf Fedajdowsky. — Schach.

**Das Goetheheater in Lauchstädt als Dilettantenbühne.**

Aus Merseburg kommt die veränderliche Nachricht, daß am vergangenen Sonntag die Vereinigung zur Pflege der weiblichen Jugend von Merseburg und ihre Freunde der Jubiläumstag in dem altberühmten Lauchstädter Theater spielte und beging. In demselben Theater, in dem einst Goethe die Poesie feierte, in dem Goethe seine Stücke, die Werte Schillers und Schlegels aufgeführt. Die Merseburger Jugendvereinigung spielte im Goethe-Theater das fünftägige Lustspiel „Der Parakti“ oder „Die Kunst, sein Glück zu machen“. Der Autor dieses Lustspiels ist, wird schamhaft verschwiegen. Wenn unser Gewohnheitsbericht, daß nicht endenwollende Zuschauern das Haus durcheinand und daß ein Teil der Darsteller voll und ganz auf der Höhe war, so kann uns diese Hymne doch nicht davon überzeugen, daß die Vereinsvorstellung nicht eine Hofinszenierung der Zeit, mehr als ein Jahrzehnt, behält der Lauchstädter Theaterdirektor das kleine Theater, welches Jahrzehnte lang einen Döppelrechtshaus spielte, als ein kostbares Juwel. Herausragende Gelehrte, erste Theatermänner, die bedeutendsten Regisseure, die größten Schauspieler Deutschlands vereinigen sich, um die Lauchstädter Festspiele zu Goethefeiern auszugestalten, die einen Ausschritt aus dem Besten darstellen, was deutsche Kunst zu haben vermag. Seit 1914 ist das Goethe-Theater geschlossen, seit 1914 haben seine Festspiele mehr aufgezogen. Berücksichtigt man deren Vorstellungen in die Wege geleitet worden, aber immer wieder hat man davon Abstand genommen; man hätte bieten können, es ist den maßgebenden Männern nicht reif und groß genug für das Goethe-Theater. Bergangene Woche hat der Lauchstädter Theaterdirektor Herr Wilhelm Oestlich, der am 1. Juni das Amt des Landeshauptmanns der Provinz Sachsen Herrn Eder übergeben, die Kunde seiner Ehrenmitgliedschaft überreicht, weil er als Landeshauptmann das seiner Döppel anerkannt Lauchstädter Juwel, das bei den jeweiligen Bergamännern einer großen Zeit, in Goethes Sinne treu gepflegt, Koeses und Gemeines von ihm ferngehalten und dem Schönen und Edlen seine Pforten geöffnet habe. Am vergangenen Sonntag nun hat, wie gesagt, eine Mädchenvereinigung aus Merseburg durch ihre Mitglieder in dieser schwülzigen Szene, die den Deutschen heilig sein sollte, das Lustspiel „Die Kunst, sein Glück zu machen“ aufgeführt. Der neue Landeshauptmann der

Döppeln. Nach Abgang der Verammungen erließen die deutschen Parteideputierten folgende Beschlüsse:  
Die politischen Vertreter der deutschen Bevölkerung wurden am Montag von der Interalliierten Kommission empfangen. Dem am Sonntag von der Verammung auf der Ebene abgegebenen Aufträge entsprechend forderten die politischen Vertreter von der Interalliierten Kommission, den politischen Aufstand in kürzester Zeit mit wirksamen Mitteln zu unterdrücken und mitzuteilen, welche Maßnahmen in dieser Richtung getroffen sind.

Die Interalliierte Kommission gab sehr entgegenkommende Erklärungen ab und wies insbesondere darauf hin, daß von ihr Truppenverordnungen zur Unterdrückung des politischen Aufstandes in Oberschlesien bei dem Vorkämpfertrakt bearbeitet seien. Außerdem gab sie bekannt, daß der Vorkämpfertrakt in Paris den politischen Aufstand verurteilt und bindend erklärt hat, daß Kofantys durch seinen verdröherischen Aufstand die Entschlüsse des Obersten Rates nicht beeinflussen kann.

**Der Vorkämpfertrakt in Paris**  
Ist nach einer Spanns-Messung im Laufe des Montag-Mitttags die Prüfung der Maßnahmen fest, die dazu geeignet sind, die Ordnung in Oberschlesien wieder herzustellen und die Gemüter zu beruhigen. Er beschloß, die Bevölkerung über den tatsächlichen Stand der Grenzregelungsfrage zu unterrichten. Dasselbe unterliegt noch der Prüfung. Keinerlei Entscheidung ist bisher gefallen. Der Vorkämpfertrakt beschloß andererseits einen Schritt bei der polnischen Regierung zu unternehmen, um sie aufzufordern, mit an der Wiederherstellung des Friedens zu arbeiten und sich nach Kräften zu bemühen, die polnische Bevölkerung in Oberschlesien zu beruhigen. Der Vorkämpfertrakt hielt es für seine Ehrenpflicht, seine volle Anerkennung auszusprechen für die Kaltblütigkeit und den Opfermut, welche die verbündeten Truppen bei den oberirdischen Unruhen bewiesen haben. Wallace wohnte der Sitzung bei. Der Vorkämpfer der Vereinigten Staaten stellte dem Vorkämpfertrakt mit, daß seine Regierung ihn aufgefordert habe, seinen Blick von seinen Kollegen als halbamtlicher Vertreter der Vereinigten Staaten wieder einzunehmen. Jules Cambon sprach im Namen der Vorkämpfer der Verbündetenregierungen Wallace die Verdröhung aus, welche der Vorkämpfertrakt über seine erneute Teilnahme an seinen Arbeiten empfindet.

**Im englischen Unterhaus**  
Erklärte der Unterhaussekretär im Auswärtigen Amt Hornswoth, die Lage in Oberschlesien sei unklar, doch würden Anstrengungen gemacht, um die Wiederannahme der Arbeit in den Bergwerken zu erzielen. Die alliierten Regierungen erwarteten die von den Vorkämpfertrakt-Kommissionen zur Beilegung der Schwierigkeiten gemachten Vorschläge und seien auf das äußerste bestrebt, die Ordnung wiederherzustellen und die Polizei durch lokale Rekrutierung zu stärken. Die polnische Regierung sei aufgefordert worden, die Grenze zu schließen und jede Beistellung und Ermüdung ihrer Konnotationen zu verhindern. Lord George erklärte: Es ist ein sehr unglücklicher Zufall, der gerade in dem Augenblick eintritt, wo die deutsche Regierung eine Entscheidung in der Entwaffnungsfrage trifft. Wir sind im Begriff, alles zu tun, was in unsrer Kräfte steht, um einen Druck auf die polnische Regierung auszuüben.

**Die Lage im Aufstandsgebiet**  
Muss nach den Meldungen, die bis zum 9. Mai abends vorliegen, nach wie vor als ähüchtlich angesehen werden. Die Erregung in den Industriestädten ist besonders groß unter den zahlreichen Flüchtlingen, die um das Schicksal ihrer zurückgelassenen Angehörigen und ihres zurückgebliebenen Eigentums sehr besorgt sind. In Lauchstädt und Hendenburg sind wiederum Verhaftungen zahlreicher deutschgeinnter Personen durch die Aufständischen erfolgt. Aus dem Kreise Zarnowitz wird die Beschlagnahme

von Fahrzeugen und großer Mengen Spiritus durch die Aufständischen gemeldet. Die Zuwangsausshebungen dauern noch an, doch haben vielfach schon polnisch geführte Oberbleichler verdröht, sich diesen Ausschreibungen zu entziehen. In der Stadt Kattowitz wurden am Sonntag fünf polnische Injuranten ein Kraftwagen gestohlen. In der Stadt Gleiwitz wurden bereits Kraftwagen mit polnischen Besatzungen ungebührlich der Straßen. Der Bahnhof Kattowitz ist infolge der jähren Verteidigung durch italienische Truppen bisher nicht besetzt worden, dagegen fielen die Bahnhöfe in Leichnitz und Tschelitz in die Hände der Aufständischen. Infolge der Befehle des letztgenannten Bahnhofs durch die Polen ist der Verkehr auf der Strecke Kreuzberg-Döppen unterbrochen.

Die Bahnlinie ist vollständig vom übrigen Oberbleichler abgetrennt. Die Funktionen des Kreisstatistikurs von Kattowitz sind einer französischen Besatzung übertragen worden. Die bisher geschlossenen haltenden polnischen Verbände beginnen im Kreise Kattowitz sich aufzulösen und die Dörfer systematisch auszulplündern.

In der Gegend von Kattowitz hörte man die ganze Nacht hindurch lebhaftes Gewehr- und Maschinengewehrfeuer. Die Polen haben ihre Stellungen auf den Höhenjungen des Bismarckturms und der Dora Hart ausgebaut und mit 25 Maschinengewehren und 2 leichteren Feldgeschützen besetzt. Bei Nischow gelang es den Deutschen, auf die rechte Obererseite zu kommen. Bisher wird die Stellung von den Deutschen gehalten. Weiter nördlich davon haben die Polen Birawa und Altzoff besetzt. Die Polen haben das an der Grenze der Kreise Kattowitz-Kattowitz gelegene Schloß Schönburg überfallen und vollständig ausgeplündert. Der Schaden des Pächters — die ganze Domäne gehört dem preussischen Staate — wird auf über 1 1/2 Millionen geschätzt. Die Polen haben gegen 100 Sandgranaten in das Schloß geworfen, so daß es vollkommen demoliert ist. 25 Kattowitz, die zur Hilfe anrückten, wurden von den Polen entmannt. Einmal wird eine ganze Anzahl andere Güter im Kreise Kattowitz vollständig geplündert worden, so z. B. Traunitz und Nischow. Der Militärkommandant der Zone Kattowitz-Stadt, Kattowitz-Land und Kattowitz, der italienische Oberst Salpinzi, hat mit sofortiger Wirkung ein außerordentliches Gericht für die drei genannten Kreise gebildet. Dieses Gericht hat die Befugnisse, sofort schwebende Verbrechen, die durch den Aufstand herbeigeführt worden sind, zu verurteilen. Mitglieder des Gerichts sind 14 Engländer, 1 Statistiker und 1 Franzose. Den Vorsitz führt der Engländer.

**Berliner Varietees.**  
Von Margarete Geymann.  
(Nachdruck verboten.)  
In den letzten Jahren sind in Berlin reichlich viel Varietees entstanden, und doch sind sie eben so besetzt wie die Kinos. Nicht etwa, weil sie eine starke Anziehung bieten, oder weil die Mitwirkenden große Künstler sind; sondern weil jedes Variete sich bemüht, eine Nummer zu bringen, die zieht. Man könnte auch sagen: jedes Publikum hat das Variete, das es verdient.  
In einem dieser Lokale (Kleinfestbühne nennt es sich) tritt Leopold Wölsing auf. Beliebtest dicesen, die früher fundentlang auf der Straße gestanden haben, um einer vorbeifahrenden Höpheit Hurra zuzurufen, ertönen sie heute für viel Geld das Wecht, den alten Erzherzog in einer kurzen Szene ein paar Worte reden zu lassen, ein paar Handbewegungen machen zu lassen. Sonderbar genug, daß manche Familie Neugierde sich durch den trostlosen Anblick geacht zu fühlen scheint! „Das Leben ist eine Aufstiegsbahn!“ sagt Wölsing...  
In einem anderen Variete sah ich das Steadadel-Fledd, vorgeführt von dem Woddegeister Ladislau Geytel, natürlich auch einem Wiener (in Berlin scheint es nur noch Leterreiter zu geben!). Der Künstler erscheint in einem gut sitzenden schwarzen Jackett, das nicht gerade seine Männlichkeit betont. Die Vorführung beginnt damit, daß einige hübsche Marnequins sich in sehr eleganten, spigen-gelackten Hemdböschchen zeigen. Geytel wirft ihnen Stoffe über, die er mit verbretender Schnelligkeit zu laßen Gewöhnlich stellt. In ein paar Minuten ist sieht man eine Gesellschaftsteilnehmer, die sich liegen lassen kann, insofern was Form, als auch was Farbzusammenstellung anbetrifft. Von Mähdanschnitt kann man eigentlich nicht reden, da von einer Taille so gut wie nichts zu sehen ist. In der Mitte des Wartels hinten steht eine Kofe, was das Publikum tollfich findet. Zur Toilette lassend schaffst Geytel eine Kleidhame an, zieht ein Band durch die lole verlungenen Haare — alles im Galoppstempo. Und doch wirkt das Kostüm mit der Goffürze so selbstredend lässlich, als ob für die Trägerin gar nichts anders denkbar wäre; das beste Zeugnis für eine gut gedachte Toilette.

Provinzial-Nachrichten.  
— Jörbia, 8. Mai. (Beantwortetene Waffen.) In einem Teile bei Jörbia fanden Schulden beim Beben eine Anzahl Militärrequisiten, Mädel 90, und große Mengen Munition. — Bitterfeld, 10. Mai. (Ein Mord und Selbstmord) hat sich hier ereignet. Der Fabrikarbeiter, frühere Radmacher E. Sch., Neuhäuser Bürger Straße 41, hat seine Frau vermutlich aus Eifersucht erschlagen und darauf seinem Leben ein Verbrechen an sich selbst verübt. Die Unterdrückung der Staatsanwaltschaft ist noch nicht abgeschlossen.

**Handgranaten-Unfall.**  
Hamburg, 10. Mai. (Eig. Drahtnachricht.) Eine Mitteilung der ersten Sonderhaft der Ordnungspolizei unternahm auf dem Schießplatz in Großbörstel eine Übung mit schweren Handgranaten. Durch frühzeitiges Explodieren einer Handgranate wurden vier Ordnungspolizisten schwer verletzt. Man schätzte die Anzahl der Verletzten auf vier. Der Verletzte wurde in den Krankenhaus verlegt. Der Verletzte wurde in den Krankenhaus verlegt. Der Verletzte wurde in den Krankenhaus verlegt.

**Vermishtes.**

Im Königsberge herrscht Schneefall, bei Dammersfeld liegt der Schnee stellenweise 60 Zentimeter hoch.

Sonst sieht man selten Neues in den Varietees. Die üblichen Hof- u. r. f. e. zeigen weniger Charme. Es ist immer wieder das nämliche Besetzt erschienen, sie wieder und den wieder ein endlose Reihe von Verzen zum besten. Natürlich entgeht weder Einem noch Steindal solchen Dichtern. Einer erzählt: „Da treffe ich heut meine alte Freundin Lotte in der Tauengienstraße und sehe, daß sie einen hübschen Jungen auf dem Arm trägt. „Aber Lotte,“ sage ich, was für eine niedliche Range schleppt du denn da mit dir rum?“ „Frage nicht so dumme,“ sagt sie liebenswürdig wie stets, „du kennst ihn doch; das ist mein Mann, den hat mit Steindal so vermannt!“...  
Die Tänzerinnen in den Varietees sind nur zum Teil nicht. Sie schmeiseln entweder die Beine sehr hoch, oder sie freuzen die Hände über der Brust, was große Vergrüßlichkeit oder innere Zerrissenheit bedeuten soll.  
Schlimm fand ich die Vortragskünstlerinnen. Ach heilige Vötte Guibler! Was für unmündige Objekten haßt du! Mit welcher Schamlosigkeit schlagen sie die Augen nieder, wenn sie ihre Zoten singen. Und was für Begriffsverwirrung gehört dazu, den Versuch: „Ach, mein Mann ist gar kein Mann!“ in unendlichen Variationen zum besten zu geben und dabei mit den Blicken am Besatz zu verbernt!  
Begriffsverwirrend sind auch die zahlreichen Ankündigungungen von „natürlichen Balletts“. Der arme Venus müßten die Dören singen: so oft wird ihr Name mißbraucht. Wenn wenigst ein gemächliche und entsprechend bescheidene junge Damen schlappe Freilüßungen machen, so wird das „Am Reiche der Venus“ beitet! Dazu werden Sentimentalitäten in Jamben und Dactylen mit unerschöpflichem Pathos beklamert...  
Wirklich erwidern werden dann harmlose Clownspässe vom dummen Blauz auf der guten alten Zeit, aber von drei Springern sehr geschätzt als Hummilität benötigt wird.  
Wel Betsal fand der Mann ohne Nerven, der fünf Tische und drei Stühle übereinander baut und sich da oben beugen macht. Da einer der Tische nur drei und der eine Stuhl bloß zwei Beine hat — so was kommt jetzt in den besten Familien vor — so ist der Aufschall nicht ganz bequeme. Aber der Mann fühlt sich offenbar ganz wohl in der luftigen Höhe. Ich nehme an, daß das Wohnungsamt ihn zu dieser Vorführung anregert hat, die wirklich Bedeutung verdient, wenn man sieht, wieviel Platz gelassen kann. Jedenfalls muß ich gestehen, daß mir solche Aufstellung von Möbeln am meisten von allem imponiert hat, was ich in Varietees gesehen habe; sie ist entschieden zeitgemäß!